

Tagesordnung III Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 22. Mai 2014

Vorlagen-Nr. 14-V-61-0012

**Bebauungsplan "Einzelhandelsbetrieb Berliner Straße" im Ortsbezirk Erbenheim
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -**

Beschluss Nr. 0198

1. Dem Antrag des Vorhabenträgers Dietz Aktiengesellschaft in Bensheim vom 17.08.2012 auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für den Bebauungsplan „Einzelhandelsbetrieb Berliner Straße“ im Ortsbezirk Erbenheim (Anlage 2 zur Sitzungsvorlage) wird zugestimmt.
2. Der städtebauliche Vorvertrag zur Übernahme von Kosten und Aufwendungen zum Vorhaben (Anlage 3 zur Sitzungsvorlage) wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplans „Einzelhandelsbetrieb Berliner Straße“ im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) wird beschlossen.

Der Planbereich wird wie folgt begrenzt:

Im Nordosten durch die Berliner Straße (K634), im Nordwesten durch die Zufahrt zur B 455 in Verlängerung der Straße „Am Hochfeld“, im Südwesten durch einen Bürogebäuderiegel und im Südosten durch die rückwärtige Wohnbebauung entlang des Kreuzberger Ringes.

Die Ziele der Planung werden beschlossen.

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt wurde (Anlage 4 zur Sitzungsvorlage),
 - die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt wurde (Anlage 5 zur Sitzungsvorlage).
5. Den in der Anlage 5 (zur Sitzungsvorlage) formulierten Beschlussvorschlägen zu den vorgebrachten Stellungnahmen wird zugestimmt.
6. Der Entwurf des Bebauungsplans „Einzelhandelsbetrieb Berliner Straße“ (Anlage 6 und 7 zur Sitzungsvorlage) wird beschlossen und ist mit Begründung (Anlage 8 zur Sitzungsvorlage) für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
7. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - der Bebauungsplan ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt wird,

- der Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung ortsüblich bekannt gemacht wird,
 - zeitgleich zur öffentlichen Auslegung die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt wird,
 - dass der Flächennutzungsplan nach § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst wird.
8. Die Finanzierung der durch die Landeshauptstadt Wiesbaden zu tragenden Kosten ist im Einzelfall im Rahmen des jeweils betroffenen Dezernatsbudgets zu decken. Die Umsetzung der im Einzelnen geplanten Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und unter Beachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden.

(antragsgemäß Magistrat 15.04.2014 BP 0293)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2014
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2014
im Auftrag

1. Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock